

# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Samstag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 2.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pfg. durch den Herunterbringer. —  
1 Mark 35 Pfg. durch die Post.

No. 13.

Mittwoch den 18. Januar.

1893.

## Die Generaldebatte über die Militärvorlage in der Militärcommission

Bei der Montag-Sitzung etwas mehr als bisher der Erörterung der Finanzen zugewendet, von deren Beantwortung schließlich eine Verständigung abhängt. Abg. v. Kommerowski, der seitlich einen Beschluß der polnischen Fraction noch vorbehielt, kam zu dem Schluß, daß die Voten in der Bewilligung der Armeeverkärung so weit gehen würden, als finanziell möglich sei; eine Verkürzung würden sie nicht hindern. Zurechtfindend sprach sich der Abg. v. Duol (Centr.) aus. Er meinte, der Reichstag sei für die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände der Arme nicht verantwortlich; wohl aber die Regierung. Es müsse das zur Vorhut mahnen. Wenn die Regierung früher schon die zweiährige Dienstzeit eingeführt hätte, wäre die Lage eine bessere. Aber man drohe ja auch jetzt noch mit der Wiederherstellung der vollen dreijährigen Dienstzeit. Was sage Graf Caprivi dazu? Abg. v. Kommerowski ging auch Herr v. Duol bei Beurteilung der Vorlage davon aus, daß er Vertreter eines Grenzbezirks sei und knüpfte daran die Frage, ob in der That ein Kriegsplan existiere, der Süddeutschland wenigstens für den Anfang einer französischen Invasion preisgebe. Retter müßte jetzt zu wissen, ob zwei Drittel der verlangten Rekrutenzahl durch Wehreinrichtung von 22000 Rekruten und 18000 Ersatzreservisten beschafft würden. Für alle Fälle müßten wirtschaftliche Garantien bezüglich der Deckung der Ausgaben, namentlich hinsichtlich des Tabaks, gegeben werden. Die öffentliche Meinung sei durch die unrichtige Vorbereitung der Vorlage beunruhigt worden; man könne aber nur in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung vorgehen. Besser wäre es, die Vorlage um ein Jahr zu verschieben. Graf Caprivi betonte in seiner Erwiderung, es seien beizutrage erhebliche größere Quantitäten erforderlich als 1870. Die Hauptfrage sei die: wie viele Leute hat der Hauptmann in seinen Mannschaften, deren Eigenschaft er kenne? Heute sei die Zahl derselben sehr gering. Der Etat der Truppen sei zu gering. Der Reichstag vertritt sich abdam eingehend über die Gewandlung der Heeresorganisation, erweiterte die Gründe, aus denen Kaiser Wilhelm I., das Gieckere dem Ungehörigen vorgehend, an der 3 jährigen Dienstzeit festgehalten habe und gab die neueren Daten für die Aufstellung des Bertyschen Projekts, die zum Theil schon in der ersten Beratung mitgeteilt worden sind. Nach dem Rücktritt Bertys habe er die Vorarbeiten für diese Vorlage am 1. Mai 1891 in Angriff genommen, die nach Erörterung der Finanzfrage im Kronrath am 18. Juni 1891 Gegenstand einer Besprechung im preussischen Finanzministerium gewesen sei. Er bezeichnete genau die Höhe der früheren Forderungen, die Herabminderung derselben, bis endlich am 20. August 1892 der Kaiser den Entwurf gutgeheßen, ter am 8 Oct. die Zustimmung des preussischen Staatsministeriums und am 14. Oct. 1892 diejenige des Bundesraths erhalten habe. Ein Operationsplan, der zunächst Süddeutschland preisgebe, könne nicht existiren. Das hängt von den Eventualitäten des Krieges ab. In Anknüpfung an eine detaillierte strategische Darlegung, mit besonderer Rücksicht auf den Stand der Befestigungen u. s. w. in Frankreich suchte Graf Caprivi die Nothwendigkeit einer Verkleinerung der Kriegesstärke um 450 000 Mann und der Feldartillerie nachzuweisen. Duol gegenüber erklärte er, die zweiährige Dienstzeit, wenn sie einmal eingeführt sei, könne nicht wieder aufgehoben werden. Von besonderem Interesse war seine Antwort auf die Anregung Duols, die Vorlage ein Jahr aufzuschieben. Da das möglich sei, wisse Niemand. Nach der Vorlage würde die Armeestärke jährlich um 80 000 Mann wachsen. Auch bei einer Wehreinrichtung von nur 50 000 Mann würde es möglich sein, drei Ersatzdivisionen zu formiren. Dann

nahm Abg. v. Bennigsen das Wort, dessen Ausführung in dem Vorschlage gipfelt, eine Vermehrung der Feldbatterien, die Neueinteilung von 40 000 Rekruten und die Hälfte der vierten Bataillone zu bewilligen. Es handelt sich nur um ein Mehr oder Weniger. Herr v. Bennigsen wies darauf hin, daß sein Vorschlag sich — bezüglich der Rekrutenzahl — von dem Richtigen nur dadurch unterscheidet, daß 18 000 Mann 24 Monate, anstatt, wie die jetzige Ersatzreserve 10 Monate dienen. Einbringlich ermahnte Herr v. Bennigsen die Regierung, zu einer Verständigung die Hand zu bieten, deren politische Vortheile enorm seien, während anderenfalls die abdam unvorhersehbare Auflösung des Reichstags zu einer völligen Verwirrung der politischen Lage führen müßte. Die Antwort Caprivi's wird in der nächsten am Mittwoch stattfindenden Sitzung erwartet.

## Politische Uebersicht.

Der französische Botschafter in Wien, Decrais, der wie der „Figaro“ zu melden wußte, bei dem Empfang am Wiener Hofe vom Kaiser von Oesterreich abfällig ignoriert worden sein sollte, hat, wie der „Tems“ meldet, die über ihn verbreiteten tendenziösen Meinungen in einem Telegramm an den Minister des Auswärtigen für gänzlich falsch erklärt. — Bei den Gemeindevahlen in Reichenbach (Böhmen) wurden im ersten Wahlkörper 15 Liberale gewählt. Die Auflösung der Reichsberger S adverteuerung war f. z. aus politischen Motiven erfolgt. Die Hoffnung Laaffs, durch die Auflösung den Widerstand der Reichsberger Bevölkerung gegen die Fischschonungsmaßregel brechen zu können, hat sich als illusorisch herausgestellt.

Der anläßlich des Panama Skandals gegen den Präsidenten der französischen Republik eröffnete Feilschzug nimmt einen immer erheblicheren Umfang an. Außer dem „Sicile“ und der „Lanterne“ verlangt jetzt auch der „Figaro“ und das Blatt Clemenceaus, die „Justice“, den Rücktritt des Präsidenten, an welchen Carnot indes nach seiner eigenen Erklärung in diesem Augenblick unter keinen Umständen denkt. Der Ministerpräsident Ribot äußerte sich dahin, daß die Regierung nach der Bewilligung des Budgets die Frage der Kammerauflösung ernstlich in Erwägung ziehen werde. Zu Gunsten Carnots veröffentlicht in einer anderen Nummer der „Figaro“ eine ihm von einem parlamentarischer zugegangene Zuschrift, in welcher authentisch festgestellt wird, daß der Präsident Carnot im Jahre 1886 in der Commission die Erklärung abgegeben habe, daß er in der Kammer den Gesetzentwurf über die Ausgabe von Panamaloosen nicht vorbehalten werde, weil das der Angelegenheit eine Garantie geben hieße, die ihr nicht gegeben werden darf. Die Unterschrift Carnots unter den Gesetzentwurf bedeute nur, daß er vom finanziellen Gesichtspunkte aus keinen Einwand zu erheben habe. — Nach einer Meldung des „Gaulois“ hielt General Lozillon bei der Uebernahme des Kriegsministeriums in Anwesenheit mehrerer Generale, darunter General Miribel, eine Ansprache, in der er hervorhob, daß er das Portefeuille angenommen habe, weil durch seine Ernennung zum Kriegsminister ein Regime ein Ende gemacht werde, das nicht alle erhofften Früchte getragen habe. — Nach der Behauptung des „Gaulois“ tritt auch der frühere Finanzminister Rouvier jetzt mit Anschuldigungen gegen die gegenwärtige Regierung auf. Rouvier hätte gedroht, er würde, wenn die Untersuchung gegen ihn nicht eingestellt würde, Beweise dafür liefern, daß auch Ribot Beziehungen zu Vlastow unterhalten habe. Vlastow bestreite ein Schreiben Ribots, in welchem derselbe wegen geleisteter Geldvorschuße für die Geheimfonds Dank sage. — Am Sonnabend Nachmittag hatten etwa 50 republikanische Deputirte eine gemeinsame Beratung über die gegenwärtige Lage und beschloßen, dem Ministerpräsidenten Ribot zur Ermüdung mitzutheilen, daß, bei Aufrecht-

erhaltung der Forderung nach vollem Licht über die Panama Angelegenheit, nicht vergessen werden dürfe, daß das Interesse der Republik eine schnelle Lösung derselben verlange. — Eine neue Bekundigung hat der boulangistische Deputirte Aimeil in einem Provinzialblatt ausgesprochen, indem er Pareire, den Präsidenten der „Compagnie Atlantique“ beabsichtigte, seiner Zeit dem Arbeiter Minister Dros Guyot 200 000 Fres. für die Einbringung eines Gesetzes über Hafenanlagen in Pauillac gegeben zu haben. Pareire und Dros Guyot strengen insofern gegen Aimeil einen Diffamationsprozeß an. Der Deputirte Labou, Eigentümer des Blattes „Gocarde“, richtet öffentlich eine Anfrage an Ribot, ob es wahr sei, daß er gleich Rouvier von dem Banquier A. H. H. Gelder für seinen Geheimfonds vorgeschossen erhalten habe. — Der Panama Skandal hat auch die eigenthümliche Erscheinung gezeigt, daß die republikanischen Nachbater nach berühmten Muster Correspondenten ausländischer Zeitungen verhaften und ausweisen lassen. Zunächst ist der Pariser Correspondent des „Subpoiret Citrao“, Namens Seletis, am Sonntag Morgen verhaftet worden. Die Veranlassung zu seiner Verhaftung gaben, wie offiziös gemeldet wird, seine fortgesetzten Verleumdungen von mehreren bei der französischen Republik beglaubigten Gesandten und seine unwahren Behauptungen über das Verhalten eines fremden Souveräns gegenüber einem französischen Botschafter. In der Wohnung Seletis, der wahrscheinlich ausgewiesen wird, wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. — Soeben erhielt der Correspondent mehrerer deutscher Blätter, Wedel, am Sonntag Abend einen Ausweisungsbefehl zugestellt. Erner ist am Montag ein Correspondent italienischer Blätter, Richard Alt, ausgewiesen worden. Diese Polizeimaßregeln, welche der Republik keine Ehre machen, sind der russischen Freundschaft zu Uebe getroffen worden, wie auch aus der Meldung hervorgeht, daß Ribot dem russischen Botschafter von Mohrenheim gegenüber sein Bedauern ausdrückt, daß auch zwei französische Blätter sich an der Verbreitung jener Verleumdungen beteiligt hätten.

Der Centralausschuß der russischen Liberalen beklammert bei dem Neujahrsempfang am Freitag die Regierung zu ihrer energischeren Haltung. Ministerpräsident Dr. Awakumovitsch erwiderte, daß die Regierung von Allem bemüht sei, die Staatsautorität, wie sie ehemals in Serbien geherrscht habe, wieder herzustellen und für Serbien die Sympathie aller Großmächte zu erlangen, denn diese Sympathien bildeten eine Lebensbedingung des Landes, das sich von allen kriegerischen Mächten fernhalten habe und nur auf seine ökonomische Entwicklung bedacht sein müsse. — Von Grzeszen serbischer Radikaler berichtet der Telegraph abermals aus der Gemeinde Kockewo bei Schabag. Mehrere Personen sind dabei getödtet worden, andere verwundet worden. Durch Gendarmerie wurde Ordnung wieder hergestellt. — Der Stupschina Abgeordnete Mitofsch Bogdanowitsch ist wegen Hochverrath verhaftet worden. — Das serbische Budget für 1893 bleibt in Folge einer königlichen Verfügung vorläufig bis Ende April in Kraft. Der vom Staatsrath zur Regelung der Neuwahlen eingefetzte Ausschuss hat auf Grund einer Föhlung der feierlichsten Staatsbürger die Anzahl der Abgeordneten für die kommende Stupschina Session auf 134 festgesetzt.

Im ägyptischen Kabinett ist infolge des selbenden Zustandes des Ministerpräsidenten Fehmi Pascha eine Aenderung eingetreten. Letzterer ist seines Amtes als Ministerpräsident entbunden und das neue Kabinett folgendermaßen gebildet worden: Fakri Pascha und Juncres, Barros Finanzen, Maslum Justiz. Die übrigen Minister behalten ihre Portefeuilles. Zu dem spanisch-marokkanischen Conlicte wird berichtet, daß der in der Nähe des Forts von Alhucemas durch Marokkaner gefangen genommene Soldat in Folge der Aufforderung des Gouverneurs von Alhucemas wieder freigelassen worden ist.

Nach einer Meldung des „Reut. Bur.“ aus Tanger hat der Sultan von Marokko sich bereit erklärt, die von der englischen Regierung verlangte Genugthuung wegen der Ermordung des englischen Unterthanen Namens Juan Trinidad zu geben. — Wegen fortgesetzter Misshandlungen jüdischer Einwohner, die der Gouverneur der Schatzkammer in der Stadt Marokko verübt hat, werden nach einem Telegramm des „Reut. Bur.“ die Vertreter der Mächte in Tanger identische Noten an den Hof in Marokko mit dem Verlangen richten, das diesen Verfolgungen ein Ende gesetzt werde. Der Herr Beamte soll u. a. einem Greise 500 Peitschenbisse und einem anderen Juden 800 Peitschenbisse haben ertheilen lassen.

## Deutschland.

Berlin, 17. Jan. Nach der Feier des Krönungs- und Ordensfestes kehrte der Kaiser am Sonntag in sein Arbeitszimmer zurück und erledigte dort während der nächsten Stunden Regierungsvorgänge. Später sahen die Majestäten u. a. den Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein und den Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein als Gäste an der Abendtafel. Gestern Vormittag arbeitete der Kaiser zunächst mit dem Chef des Civilcabinetts und nahm darauf die Vorträge des commandirenden Admirals sowie des Staatssecretärs des Reichs-Marineamts und des Chefs des Militär-Cabinetts entgegen. — Die Kaiserin nahm am Sonntag an der Feier des Krönungs- und Ordensfestes theil; gestern Mittag unternahm dieselbe eine längere Ausfahrt und wohnte später der Siemens-Gedächtnisfeier in der Villaharmonie bei. — Die Kaiserin Friedrich nahm vorgestern ebenfalls an den Ordensfestlichkeiten theil, wohnte dem Concerte in der Schloßfabelle bei, nahm darauf an der Galatäsaal im Weißen Saal theil und kehrte hierauf nach ihrem Palais zurück.

— Zur Hochzeitsfeier der Prinzessin Margarethe wird ein Theil der Gäste schon einige Tage vor der Hochzeit in Berlin eintriften, um dem am 20. im Weißen Saal stattfindenden Ball, der Familientafel am 22. beim Kaiserpaar, am 23. der Galatäsaal im Weißen Saal und am 24. der Galatäsaal bei der Kaiserin Friedrich beizuwohnen. Das Programm für die Vermählung wird wie die „Post“ hört, genau dem bei der Vermählung der Prinzessin Victoria entworfenen entsprechen. Der handschriftliche Akt wird im großen Saal des Palais der Kaiserin Friedrich stattfinden, worauf die Kaiserin mit der bräutlichen Tochter sich in großer Aufahrt nach dem königlichen Schloß begeben wird, wo die kirchliche Trauung in der Schloßkapelle stattfinden soll. Nach der Trauung werden sich die Neuvermählten nach dem Potsdamer Stadtschloß begeben.

— Der Reichscanzler sieht sich zu einer neuen Dementirung seiner Ausrufung veranlaßt, welche aus seiner Rede in der Militärcommission des Reichstages eine grundwichtige Aenderung der deutschen Politik, insbesondere hinsichtlich der Aufgaben und Ziele des Dreibundes herauslesen wollte. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt dazu folgendes: „Der Herr Reichscanzler hat in seiner Rede bei Darlegung der für Deutschland als möglich in Betracht zu ziehenden kriegerischen Verwicklungen die Nothwendigkeit, unsere Verfassung auf einen Krieg nach zwei Fronten einzurichten, über anderem damit begründet, daß nach dem deut. überreichlichen Bündnisse ein russischer Angriff auf Oesterreich Ungarn den casus foederis für uns bilde und in diesem Falle Deutschland auf eine gleichzeitige Action von Beiden her gefaßt und geführt sein müsse; unter Hinweis auf die in Rußland und Frankreich bestehenden Stimmungen und Strömungen in Verbindung der Möglichkeit dieser Conventualität des Bündnisses abgelehnt worden. Der Herr Reichscanzler hat mit keinem Worte angedeutet, daß die gegenwärtige Politik Deutschlands den Krieg mit zwei Fronten für eine gegebene Nothwendigkeit oder auch nur für wahrscheinlichere, als in den letzten Jahren, erachte, und ebenso wenig enthält seine Rede irgend eine Bemerkung, welche den Schluss zuließe, daß unsere auswärtige Politik jemals für andere als deutsche Interessen einzutreten genöthigt sei. Alles was in dieser Richtung behauptet wird beruht entweder auf Unkenntnis oder auf Mißverständniß dessen, was gesagt worden ist.“

— (Des Reichscanzlers Ausrufungen über den Dreibund) in der Militärcommission haben weder in der österreichisch-ungarischen noch in der italienischen Presse eine günstige Aufnahme gefunden, in Bezug auf die Anzweiflung einer späteren Verlängerung des Bundesverhältnisses. Die italienische „Opinione“ sagt: wäre der Dreibund noch nicht verlängert, so stängen Capriolo's Worte fast wie eine Vertragsauflösung; da aber der Vertrag verlängert ist, bedeuten sie volles Mißtrauen gegen Italien. „Diritto“ ist vorurth. daß die Rede Capriolo's das Bestreben des Dreibundes nicht steigern

werde. Im Uebrigen ist das Blatt übermüthig, die Rede sei nur auf eine Beeinflussung des Reichstages für die Militärvorlage ausgeht.

— (Neue Partei.) Die constituirende Versammlung der Partei Biemar sans phrase ohne Biemar, zu deutsch „Nationalpartei“ — wie am Sonntag in Berlin tagte, war wie man hört zum größeren Theil aus Süddeutschland bestritten. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Als Theilnehmer bzw. Hauptausreder werden der frühere Reichstagsabgeordnete v. Fritsch-Angsburg und Dr. Kleiser, Redacteur der „Süddeutschen Ztg.“ genannt.

— (Die facultative Feuerbekämpfung.) In der Sonnabend Sitzung der Petitioncommission des Abgeordnetenhaus wurde der schon in der vorigen Session von 14911 Petenten gestellte Antrag auf Zulassung der facultativen Feuerbekämpfung wieder wie in der vorigen Session durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Der Bericht der Commission wird voraussichtlich dieses Mal auch zur Verhandlung im Plenum gelangen. Der Antrag des Referenten, Abg. Graf (Eberfeld) die Petition der Regierung zur Ermäßigung zu überweisen ist mit 13 gegen 6 Stimmen, d. h. gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Freikämmler abgelehnt worden.

Die Vertreter der Staatsregierung wiederholten in der Hauptsache die Gründe, welche vom sanitären, kirchlichen und juristischen Standpunkte aus gegen die Zulassung der Feuerbekämpfung beigebracht werden. In sanitärer Hinsicht wurde noch besonders hervorgehoben, daß sich bei der vorjährigen Choleraepidemie irgend erhebliche Nachteile für die Gesundheit der Ueberlebenden durch die Vornahme zur Erde nicht ergeben hätten. Von der Minorität wurde geltend gemacht, daß, die Nicht-Erlaubnis der Annahme vorausgesetzt, damit nur ein Grund für die Feuerbekämpfung wegfallen würde; ein Grund gegen dieselbe aber sei damit nicht gegeben. Betreffs der religiösen Seite der Frage wurde, der Anregung des Referenten entsprechend ein volensliches, tieferes Eingehen vermieden und erbielt dadurch die Debatte einen bei weit mehr ruhigen Charakter, als sie im vorigen Jahre gehabt. Gegen den Einwand, daß die Feuerbekämpfung dem Gefühl einer großen Anzahl der Bevölkerung widerspreche, wurde darauf hingewiesen, daß durch die hohe Zulassung der Feuerbekämpfung Niemand in seinem religiösen Gewissen bebrängt werde, denn die Bestattung in der Erde die aus religiösen Gründen in spanischerer sei. Die vom Sanctionspunkt der Criminaljustiz erhobenen Einwendungen gipfeln darin, daß durch die Leichenverbrennung leicht die Spuren eines gegen das Leben verübten Verbrechens für immer verwischt werden könnten. Hier wurde entgegen, daß solche Fälle zwar nicht unmöglich seien, aber doch nur in so verschwindender Zahl vorkommen könnten, daß man darauf hin eine Entscheidung gegen die Feuerbekämpfung nicht gründen könne. Für gewöhnlich rege sich bei gewaltthätig erfolgter Tödtung der Verdacht vor der Bestattung, eine Leichenbeschädigung aber, die nach der Verurteilung stattfindet, sei nach vielfach gemachter Erfahrungen eine äußerst trügerische, es sei endlich auch nicht bagegen zu erinnern, daß die Erlaubnis zur Verbrennung von Leichen nur unter allen Umständen, wie auch erfolgter Leichenschau u. s. w. erteilt werde. Zum Schluß wurde noch die ökonomische Seite der Frage getreift und nachgewiesen, daß die Kosten der Verbrennung, selbst für die Fälle, wo es sich um Bestattung der wohlhabenden Leute handele, nur 45 Mark betragen. Für die Kostenfrage komme aber auch der Umstand namentlich in Betracht, daß jetzt schon die Gewinnung von Land zur Anlage von Friedhöfen oder zur Erweiterung derselben mit dem Theil kaum ersparungswürdigen Geldopfern der Gemeinden verknüpft sei. Wollte man die Zeit für Bestattung eines Grabes auf die gesetzlich festgesetzte beschränken, so sei solch schneller Wechsel der Bestattung der Gräber vom Standpunkte der Pietät aus ein durchaus peinlicher. Die Zulassung der Feuerbestattung würde die Friedhöfe entlasten, was anderenfalls in naher Zukunft seitens des Staats erzwingen werden müßte. In dem gegenwärtigen Verfahren liegt aber auch insofern wenig Folgerichtigkeit, als man gegen Erhaltung eines Leichenpasses die Verbrennung der Leiche in Gotha, Hamburg oder wo sonst Crematorien bestehen, anhandeln gestattet, während man an anderen Orten die Verbrennung der Leichen in neu eingerichteten Crematorien verbietet. Gleichwohl ergab die Abstimmung über den Antrag des Referenten die Ablehnung desselben.

## Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 16. Januar.) Die erste Beratung der Novelle zum Branntweinsteuergesetz wurde heute durch Staatssecretär v. Walzhausen eingeleitet, der die Zustimmung ausdrückte, als gehe er mit einer Finanzreform großen Etwas an. Einzuweisen sei Preußen zu einer Reform, welche die Schwankungen der

Wasserentwässerungen bestritten würde, noch nicht durch. Schiffe — die damals Frankfurter ab, so immer in die Nebenstädte — zur Zeit gibt es keine — zur Schiffvermittlung verwendet werden! Der Reichstag dürfe die Zulassung der Branntweinsteuer nur gleichzeitig mit der Zulassung der Branntweinsteuer annehmen — das ist eine Forderung ausgedehnter Verordnungen.“ Abg. Siegel (L.) lehnt die Vorlage ab. Wir seien an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt, hauptsächlich infolge der durch die Benennung von Salz, Petroleum, Getreide, Zucker u. s. w. diese Steuern wüthend als Kopfsteuern. Abg. Dr. Witte (L.) setzt in der Vorlage keine Besetzung der Verhältnisse. Dem Referenten werden zwar 40 Mill. Mk. gefordert, die die Reichskasse gebären; aber Vermählung sei damit nicht angeht. Wo für Kinder, müsse unter Berücksichtigung des Gehalts von 1887 eine reine Verbrauchsteuer eingeführt werden. Unter einem vorläufigen Steuergebot sei die Steuer zu einem großen Entwidlungsfähig. Der bairische Finanzminister v. Medel und Staatssecretär v. Walzhausen, sowie der württembergische Staatssecretär v. Moser treten für die Vorlage ein. Abg. Holz (L.) hat zwar schwere Bedenken, will die Vorlage aber nicht ablehnen. Die Landwirthschaft (L.) werde auch diese 12 Millionen noch tragen. Abg. v. Sauer (L.) ist für Ueberweisung an die Militärcommission. Braun (S.) ist gegen diese Vorlage und gegen die Branntweinsteuer überhaupt, weil sie lediglich die Consumtion treffe. Fortsetzung morgen.

— Gegen die Wahl Althwards's sind, wie mehrere Blätter melden, bei dem Reichstage so zahlreiche Petitionen eingegangen, daß die Wahlprüfungscommission mit der besonderen Prüfung der Wahl beauftragt worden ist.

## Provinz und Umgegend.

† Leipzig, 15. Januar. Zur Errichtung einer Restauration in unmittelbarer Nähe unserer Eisenbahn Haltestelle ist einem Bauunternehmer aus Ammerdorf die baupolizistische Genehmigung erteilt worden. Auch die Bahn-Betriebsverwaltung sieht diesem dem reisenden Publikum zu gute kommenden Unternehmen wohlwollend gegenüber, da die längst erbaute Wartehalle doch nur einer beschränkten Anzahl von Personen Unterlauf gewährt, zudem der jetzt recht inmoralisch verfallenen Sitzanlagen entbehrt.

† Rorbhausen, 14. Januar. Die Einbeziehung des Köstlererbes in die Thätigkeit des Harz und erstattet die Festsetzung von Touristenwegen im Anschluß an die bestehenden, den Harz nach allen Seiten hin durchquerenden. Um diese neu einzurichtenden Touristenwege nach dem Köstlererbes zu verlegen, waren dieser Tage die Vorstände der Hugelzweigvereiner des Rosla, Selbra, Stolberg und Rorbhausen im „Hotel Schneegäß“ zu einer Besprechung zusammengetreten. Es wurde der „Nord. Ztg.“ zufolge beschlossen, drei neue Touristenwege 1) Ordnung anzulegen und zwar: 1) Götterbergs-Solberg, Köstlererbes, Berga, Selbra, Rorbhausen, Köstlererbes; 2) Biederbühl, Sippentitz, Straßberg, Hain, Götterbergs, Ammerdorf mit Abzweigung nach Dautenberg, Rosla, Sittendorf, Köstlererbes, Rorbhausen, Barbarasbühl, welche letztere hofentlich im Laufe dieses Sommers dem Fremdenverkehr wieder geöffnet werden dürfte; 3) Rorb. Oberl. Götterbergs, Köstlererbes, Rorbhausen. — Die geologischen Zeichnungen sollen im Frühjahr in Angriff genommen werden.

† Magdeburg, 15. Jan. Die Wasserverbältnisse in unserer Stadt werden, der Magd. Ztg. zufolge, idallich schlechter. Bezeichnend für die schlechte Beschaffenheit des Elbwassers zum Genuß ist es, daß jetzt in den Straßen unserer Stadt Brunnenwasser herumgeschoben wird, das von dem betreffenden Unternehmer für 5 Pf. der Eimer abgegeben wird.

† Salzwedel, 15. Jan. In Folge der großen Kälte ist in Kerzlin und in Callesne je ein Hundwerk bursche erfroren. Die beiden Unglücklichen hatten des Nachts in einem Stalle schliefen, am nächsten Morgen fand man sie als Leichen vor.

† Braunschweig, 13. Januar. Ein entsetzlicher Unglücksfall trug sich nach dem „Ztbl.“ vorgestern Abend in einer Fabrik an der Hamburgerstraße zu. Beim Gießengießen flog eine kleine Menge des glühenden Metalls einem dabei stehenden Formschneider in's rechte Auge und zerstörte dasselbe auf der Stelle. Der schwer verletzte junge Mann, der mit dem in der Augenhöhle einen kleinen Eisen an Stelle des Auges einen Augen erregenden Anblick darbot, wurde sofort in's bez. Krankenhaus aufgenommen.

† Aus dem Sollinge, 14. Jan. Während im vorigen Herbst sehr wenig Krammetvögel hier waren, selten sah dieselben jetzt, wie die Hall. Ztg. berichtet, in großen Scharen bei uns ein und werden vielfach geschossen. Die Vögel finden reichlich Nahrung an den noch massig auf den Bäumen hängenden Vogelbeeren. Auch der Seidenschwanz (Bombyilla garrula), der seine Heimath im hohen Norden hat, kommt in großer Anzahl vor. Nach dem Aberglauben des Volkes soll das Schicksal dieses Vogels Unglück bedeuten. Weidwirthschaften sind auch noch viele Stare trotz des strengen Winters hier.



**Achtung.**

Den geehrten Herrschaften die ergebene Anzeige, daß ich mich als **Botenfranz** empfehle. Ich fahre jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nach Halle und werde jede Bestellung pünktlich ausführen. **Hilfingendoll**  
**Fran Ballhause geb. Dittmar, Breitestraße 17.**

**Böhlberger**

**Weizen- und Roggenmehl,** sowie alle Futtermittel zu Mahlenpreisen empfiehlt **Reinh Ziesche, Rossmarkt 10.**

Bei Appetitlosigkeit, Magenweh u. schlechtem Magen nehme die bewährten **Pfeffermünz- Caramellen,** welche große Dienste leisten u. sicheren Erfolg haben. Zu haben in den alleinigen Niederlagen per Pack 4 25 Pf bei **Otto Glasse, Schmalzer, und F. W. Täger, Zeumarkt.**



**Fürstl. Brauerei Köstritz,**

gegründet 1696.



**Schwarzbier (Deutscher Porter).**

Höchste Auszeichnung für Malz-Gesundheitsbiere auf der Internationalen Ausstellung für das rothe Kreuz etc., Leipzig 1892. Dieses altberühmte Bier, welches in Folge seines großen Malz- und Würze-Extractes und geringen Alkohols besonders Kindern, Blutarmen, Wöchnerinnen, währenden Müttern und Reconvalescenten jeder Art von hohen medicinischen Autoritäten empfohlen wird, sei hier

**„Blume des Elsterthales“**

ebenfalls als Gesundheitsbier empfohlen reines sätziges Gebäu von vorzüglicher Güte und angenehmem Geschmack, laut Analyse vom 14 April 1890 6 7/8 Malz extract, 4,38 Alkohol, 0,19 Mineralstoffe, 0,09 Phosphorsäure enthaltend, von Sr. Durchl. K. H. Bischof als vorzügliches Bier anerkannt, beines billigstes Hausgetränk. Zu beziehen in Merseburg durch **Carl Adam, Bierdepot.**

**M.H. SALOMONSON'S**  
**PERU QUANO**  
 Garantie für die Echtheit dieser Löwen-Mark  
 gibt die besten Resultate.

**Dehnig-Weidlich-Seife**  
 Aromatische Haushaltsseife  
 Fabrik feiner Seifen & Parfümerien  
 Beste und durch sparsamen Verbrauch billigste Waschseife. Größte Ersparnis an Zeit, Geld und Arbeit. Man mache mit dieser Seife einen Versuch und man wird nie mehr eine andere in Gebrauch nehmen. Jedes Stück trägt meine volle Firma. Verkauf zu Fabrikpreisen in Original-Packetten von 1, 2, 3 und 6 Pfund (3 und 6 Pfund-Packette mit Gratisbeilage eines Stückes feiner Toiletteseife) sowie in offenen Gewichtsstücken.  
 Zu haben in Merseburg bei Frau Auguste Weger, in Neuschberg bei Witt. Gölbe und Herrn Ritter, in Borßich bei A. Seemisch

**Geschäfts-Eröffnung.**  
 Einem hochgeehrten hiesigen sowie auswärtigen Publikum die ergebene Anzeige, daß mir von Herrn Brauereibesitzer C. Weger die Bewirthschaftung der **Restaurations zu den drei Raben,** Mallesche Strasse, übertragen ist und habe ich dieselbe mit heutigem Tage eröffnet.  
 Es wird mein eifriges Bestreben sein, durch Verabreichung nur guter Speisen und Getränke, sowie durch aufmerksamste Bedienung den mich besuchenden Gästen in jeder Weise gerecht zu werden.  
 Um recht fleißigen Besuch bittend, zeichne hochachtungsvoll  
**S. Grünmacher,**  
 früher Besitzer von Hotel Mathians, St. Andreasberg (Harz).  
 Merseburg, den 17. Januar 1893.  
 NB. Re-heit: Russisches Billard.

**Frische Hasen,** die letzten, sind eingetroffen und empfiehlt solche **Karl Becker.**  
**Verband der kirchlichen Vereine.**  
 Mittwoch den 18. Januar, abends **7 Uhr,** in der Reichskrone: **Abonnements-Vortrag** des Herrn Pastor Werner in Bedenborn: „Charakteristische Züge aus dem englischen Volks- und Kirchenleben“  
 Zum Eintritt berechtigen die Abonnementskarten. Ohne Abonnement Eintrittspreis 1 Mk. an der Kasse.  
**Die Agentur Merseburg einer der bedeutendsten alten Feuer-, Lebens- und Unfall-Versicherungs-Anstalt** ist arderweitig zu beziehen  
 Die Branchen haben auch event. getrennt werden. Reclantien, welche Reil und Juwelle dafür haben und denen an einem guten Nebenverdienst gelegen ist, belieben ihre Offerten unter S. A. 229 an die Annoncen-Expediton von **Rudolf Mosse in Magdeburg** einzuliefern. (Mag. u. 187.)  
 Ein weger platter **Spitz (Hündin)** entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben.  
 Vor Ankauf wird gewarnt.  
**Portemonnaie** mit Inhalt am Montag in der Kasse halle verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung in der Exped. d. Bl. abzugeben.  
**Für die Kranke** ging weiter ein: Frau Landwehr **Herbich 20 Gr.** Kartoffeln; Frau Wäfer **20 Mk.**; Frau D. **10 Mk.**; Ungenannt **40 Mk.**; Frä. W. **50 Gr.**; Ungenannt **3 Mk.**; Herr Schmidt **10 Gr.** Kartoffeln  
**Der Vorstand des hiesigen Frauenvereins.**

**Reinhold's Nachfolger, L. Neumayer.**  
 fertigen Denkmälern aus Granit, Marmor, Stein und Sandstein. Ferner feine Tisch- u. Waschtischplatten aus den vorzüglichsten Marmorarten, übernehme auch zur Ausführung jede Art Figuren sowie Porträtirungen nach Photographie, in Marmor als Relief und Büsten.  
 Saubere Arbeit. Solide Preise.

Mittwoch den 18. d. M. fehen **20 Stück Altenburger und Weiser-Marsch (1 Qualität)** hochtragende und nemmilchende Kühe mit den Kälbern zu sehr soliden Preisen bei mir zum Verkauf.  
**Louis Nürnbergger.**

**Oeffentlicher Vortrag** für Herren und Damen im großen Saale der Reichskrone am Freitag den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, von **Dr. med. Max Böhm aus Weimar** über Nerveneiden, dessen Entstehung, Verhütung und naturgemäße Heilung. Eintritt: an der Kasse 30 Pf. im Vorverkauf 25 Pf. Vorverkaufsstellen: In den Coarregenschäften **Heinr. Schulze jun., G. Meyer** und beim Kaufmann **Wirth, Gothaerstraße.**  
**Verein für naturgemäße Gesundheitspflege.**

**Kaiser Wilhelmshallen-Theater.**  
 Donnerstag den 19. Januar. Unter Mitwirkung des gesammten **Trompeten-corps des Thüring. Inf.-Regiments Nr. 12** unter persönlicher Leitung des Stadtmusikdirektors **Herrn B. Stüger.**  
**Benefiz für Heinrich Döhmen.**  
 Zum 1. Male. **Novität!** Zum 1. Male. **Großstädtisch!**  
 Schwanz in 4 Akten von **Julius Rosen** und **F. W. v. Schöpper.**  
**P. T.** Zu freundlichen recht zahlreichen Besuch ladet ergebenst ein hochachtungsvoll **Heinrich Döhmen.**

**Restaurant Reichshalle.** Heute **Mittwoch** musikalische Abendunterhaltung. **H. Bösch.**  
**Hollschuh-Club.** Heute **Abend** **Übungsstunde.**  
**F. Wämer's Restauration.** Morgen **Donnerstag** **Schlachtfest.**

**Dubold's Restauration** Morgen **Donnerstag** **Schlachtfest**  
**Schöneberg's Restauration.** Mittwoch **Abend** **Salzkochen.**  
**Hoffschere.** Heute **Mittwoch** **Schlachtfest.**  
**Ein Großknecht** mit guten Zeugnissen wird sofort gesucht **Klein-Kayna Nr. 23.**

**Höchste und niedrigste Marktpreise** vom 8. bis mit 14. Januar 1893.  
 Weizen, pr. 100 St. 16.— bis 14,70 Mk.  
 Roggen, do. 14,40 bis 13,60 „  
 Gerste, do. 18,20 bis 15.— „  
 Hafer, do. 16.— bis 14.— „  
 Erbsen, do. 20.— bis 18.— „  
 Binsen, do. 44.— bis 18.— „  
 Bohnen, do. 19.— bis 16.— „  
 Kartoffeln, do. 5.— bis 4,50 „  
 Rindfleisch (von der Keule), pro Kilo 1,40 bis 1,30 „  
 Schaffleisch, pro Kilo 1,50 bis 1,20 „  
 Schweinefleisch, do. 1,40 bis 1,30 „  
 Schmalz, do. 1,40 bis 1,20 „  
 Kalbfleisch, do. 1,30 bis 1,20 „  
 Butter, do. 2,40 bis 2,20 „  
 Eier, pro Schock 5,60 bis 5,20 „  
 Heu, pro 100 Kilo 8.— bis 7.— „  
 Stroh, do. 4,50 bis 4.— „  
**Marktpreis der Getreide** in der Woche vom 8. bis mit 14. Januar 1893 pro Stroh 10,50 bis 16,50 Mk.  
**Hierzu eine Beilage.**

**Vollwirthschaftliches.**

Der Bergarbeiterausstand ist allent-  
haben weiter rückgängig geblieben. Im Saarerevier  
schätzte man die Zahl der Streikenden schon am  
Sonntabend auf höchstens 11000. Im Selsener  
Revier war am Montag schon alles ange-  
fahen. Aachenerfeld gehen die rheinisch-westfälischen  
Zechen auf Veranlassung des bergbauartigen Vereins  
streng mit Ablegungen vor; so haben die Zechen  
„Zollern“ und „Germania“ über 1000 Mann ent-  
lassen. — Nach der „Allgem. Wochs. Zig.“ war bei  
der Montags-Vorgensicht die Zahl der Ausständigen  
auf 8500 Mann gesunken. Verhaftet worden ist  
auch der Streikführer Ballmann. Ferner ist am  
Montag auch der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes  
Schröder verhaftet worden. — Im Saarerevier  
erbat der Vorstand des Rechtsschutzvereins in einer  
Petition an den Kaiser eine Audienz, um ihm folgende  
Vorschläge zu unterbreiten: Bekleidung einer Commission  
zur Revision der Arbeitsordnung, bestehend aus zwei  
Vergleuten, zwei Bergbeamten und einem unabhängigen  
Sozialisten; Beendigung des Ausstandes gegen Rück-  
nahme der Maßregelungen; Bildung von Gewerbe-  
schlichtergerichten; Niederlegung einer Commission zur  
Prüfung der Betriebs- und Kohlenabgabeverhältnisse.  
Am Montag waren im ganzen nur noch 2900 Berge-  
arbeiter ausständig. — Nach einer gestrigen Meldung  
aus Berlin ist eine Abordnung der streikenden  
Kohlenbergarbeiter aus dem Saarerevier dort eingetro-  
ffen. Diefelbe besteht aus den schon 1889 abge-  
legten Bergarbeitern Schillo und Thoma. Die-  
selben waren im Reichstagsgebäude, wo sie mehrere  
Abgeordnete sprachen. Die Deputirten wollen den  
Verlauf machen, bei dem Handelsminister eine Audienz  
zu erhalten, um diesem die Beschwerden der Arbeiter  
direct vorzutragen.

Eine Besserung im Handel und Ver-  
kehr wird nach offiziellen Nachrichten in der Post-  
verwaltung wahrgenommen. Die Einnahme soll im  
Dezember um 205,304 Mk. mehr als im De-  
zember 1891 betragen haben. Dies würde ein Plus  
von etwa 9 pCt. sein. Diese Mehrerinnahme wird  
nur im Betrage von 209,991 Mk. durch Mehraus-  
gaben in Anspruch genommen. Für die ersten  
2 1/2 Jahre des Etatsjahres beträgt der Ueberschuß  
21 1/2 Millionen Mark. Im Etat war nur ein  
Reinüberschuß von 16 Millionen Mark für diese  
Zeit in Aussicht genommen.

**Provinz und Umgegend.**

† Halle, 17. Jan. Die Cholera steht, wenn  
nicht Alles täuscht, abermals dicht vor den Thoren  
unserer Stadt. In der Zeeenanstalt Mitleben sind,  
wie die Hall. Zig. berichtet, seit vorgestern ganz un-  
pflöglich in fünf verschiedenen Anstaltsabtheilungen  
weniger als 17 Personen unter allen Symptomen  
der asiatischen Cholera erkrankt, bis gestern Abend  
waren bereits 4 der Kranken verstorben, mehrere  
derselben nach kaum einwöchiger Krankheitsdauer. Das  
Aussehen der Leiden, sowie dasjenige der Ein-  
geweid derselben ist genau dasselbe, wie es bei  
der asiatischen Cholera zu sein pflegt. Die bacteriologische  
Untersuchung der Präparate, welche Herr  
Professor Dr. Reuk hier selbst leitet, wird im Laufe  
des heutigen Tages voraussichtlich beendet werden.  
Die Zeeenanstalt Mitleben wird ärztlicherseits in-  
zwischen als von der Cholera durchsucht behandelt.  
Die Anstalt ist von dem Verkehre mit der Außenwelt  
abgesperrt und auch sonst sind alle Vorsichtsmaßregeln  
getroffen worden. — Soeben bei Schluß der Reac-  
tion geht uns die Nachricht zu, daß von gestern  
Abend bis heute früh noch 3 Todesfälle und 1 Er-  
krankung stattgefunden haben, so daß bis jetzt 18  
Erkrankungen und 7 Todesfälle zu konstatiren sind.

**Localnachrichten.**

Merseburg, den 18. Januar 1893.

Lauf Amtsblatt der königl. Regierung ist der  
Regierungs-Rath Friedrich in das diesseitige  
Collegium eingetreten.

Der Dom-Männer-Verein hielt am  
Montag in der Funkenburg eine zahlreich besuchte  
Versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Diaconus  
Bithorn, eröffnete dieselbe durch Schriftverlesung.  
Vor dem Eintritte in die Tagesordnung beschloß die  
Versammlung, durch Veranstaltung eines Familien-  
abends das Project des Kaiser Friedrich-Denkmals,  
einer Bitte des Vorstandsausschusses entsprechend,  
zu fördern. Hierauf wandte sich Herr Diaconus  
Bithorn dem angefordigten Vortrage zu: Darf ein  
Christ Antisemit sein? Ausgehend von der  
Erläuterung des Namens Antisemit, definierte der Herr  
Referent den Antisemitismus als eine Bewegung  
gegen die Juden. Wie tief diese Abneigung gegen  
die Juden in weiten Volksschichten ist, das haben die

Vorgänge des Jahres 1892 in Kanten und Althwardt  
und seine Wahl bewiesen. Wie ist nun diese Be-  
wegung entstanden und wie äußert sie sich? Sie  
allein auf eine fünfstufige Wadze zurückzuführen, reicht  
zu ihrer Erklärung nicht aus; es sind vielmehr  
große Gefahren vorhanden, die vor den Juden aus-  
gehen. Das Kapital ist zu einem großen Theile in  
den Händen der Juden; die jüdische Presse übt  
einen unheilvollen Einfluß auf das Volksleben  
aus; das Judenthum ist nicht wie andere fremde  
Volkelemente in unserem Volkthum aufgegangen,  
sondern steht als geschlossenes Ganzes, als etwas  
Internationales inmitten unseres Volksthumes. Wie  
ist nun diesen Gefahren zu begegnen? Die anti-  
semitische Partei will die Emigration der Juden  
aufheben und denselben die Staatsbürgerrechte nehmen.  
Ergen diesen Weg spricht sich Referent ganz ent-  
schieden aus, weil derselbe zu ganz bedenklichen Conse-  
quenzen führen kann. Auch der Antisemitismus ist  
sich der Unausführbarkeit seiner Forderung wohl be-  
wußt und will darum im weiteren Wirken durch Auf-  
klärung über das Judenthum und durch Zurückdrängung  
des letzteren auf dem Wege der Verwaltung. Leider  
hat aber der Antisemitismus eine Verleumdungslust  
gezeigt, die unheilvoll ist. Referent belegt diese  
Verunglimpfung durch Anführung von Verleumdungen  
und Uebertreibungen aus dem „Antisemitenlexicon“  
und widerlegt dieselben durch die Geschichte.  
Referent kann deshalb die Wege der Antisemiten nicht  
billigen, sondern will die Gefahr auf indirectem Wege be-  
kämpfen. Nicht persönlich, sondern sachlich soll zu Werke  
gegangen werden. Die Hauptsache ist, daß jeder Ein-  
zelne Front macht gegen alles Unästliche und Frivole.  
Die Ausbildung eines gefunden, lehrbigen, christ-  
lichen Gemeinlebens ist ein wirksamer Schutz gegen  
jederlei Einflüsse. — In der sehr lebhaften Debatte  
wird zunächst durch weitere Mittheilungen und Erg-  
änzungen von Seiten der Mitglieder constatirt, daß  
das Judenthum Gefahren für unser Volksthum in  
sich birgt; im übrigen ist die Versammlung mit dem  
Herrn Referenten einverstanden, daß die scharfen Ge-  
setzmaßregeln, welche der Rasenantisemitismus em-  
pfehlt, wie Fremdenrecht, Auswanderung, Zwang zu  
bestimmten Beschäftigungen, nicht zu billigen sind,  
sondern daß der Kampf auf indirectem Wege zu  
führen ist durch Kräftigung der Sittlichkeit und der  
Nationalität. — Zum Schluß forderte Herr Superin-  
tendent Martius die Versammlung auf zur Be-  
theiligung an der Unterzeichnung der ausliegenden  
Petition gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

h. Auf ergangene Einladung in den hiesigen Local-  
blättern hatten sich am Montag Abend über 60  
hiesige Hausbesitzer zum Gründung eines  
Hausbesitzer-Vereins für die Stadt Merse-  
burg in kleinen Saale der Reichstrone eingefunden.  
Herr Rechnungs-Rath Wächter begrüßte die Erschienenen  
und berichtete aus Sachverständigen über die Zwecke  
und Ziele der Hausbesitzer-Vereine in unserem Vater-  
lande. Seit Jahrzehnten hätten sich fast in allen  
Gesellschaftsklassen Vereine zur besseren Wahrung der  
wirthschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder gebildet;  
auch die Hausbesitzer seien zu der Erkenntnis gelangt,  
daß ein fester Zusammenschluß dieses Standes eine  
unbedingte Nothwendigkeit sei. In Folge dessen seien  
in den verschiedensten Städten Deutschlands Haus-  
besitzer-Vereine gegründet, deren Ziele darin beständen,  
die Mitglieder durch Vorträge über ihre Rechte  
und Pflichten als Hausbesitzer zu belehren; Vor-  
schläge zur Hebung des Haus- und Grundbesitzes  
zu ertheilen; durch den Vereinsantritt auf Vereins-  
kosten Rechtsbehelfe in Grenz- und Miethstreitig-  
keiten zu gewähren, das Miethverfahren gegen  
säumige Miether und die Prozeßführung bei bös-  
willigen Eigenthumsbeschädigungen zu übernehmen;  
die Mitglieder vor Verlust und Schäden durch  
Pacht- und Mieths-Verhältnisse möglichst zu be-  
wahren; Beihilfe bei Anlegung und Aufnahme  
von Kapitalien, beim An- und Verkauf von Haus-  
grundstücken, bei Vermietung von Wohnräumen  
und Geschäftlocalen zu leisten, ein möglichst ein-  
heitliches Formular für Miethverträge einzuführen,  
mit den Versicherungsgesellschaften über Prämi-  
ermäßigungen zu verhandeln, Versicherungen gegen  
Schäden an Häusern durch Naturereignisse, Haus-  
schwamm u. s. m. herbeizuführen, bei den Behörden  
zur Befreiung bereits bestehender oder künftig zu  
Tage tretender Miethstände für die Mitglieder zu  
vermitteln, auf Einführung normaler und einheit-  
licher Gas- und Wasserpreise zu bringen u. s. m.  
Auf Anfrage werden diese Ziele von dem Herrn  
Referenten näher beleuchtet und weiter ausgeführt,  
daß dieselben auch für den event. hier zu gründenden  
Verein zu erstreben sein würden; es müsse späterer  
Verhandlung vorbehalten bleiben, dieses Programm  
noch zu erweitern. Aus der Versammlung wurde  
bemerkt, daß die Anregung zur Gründung des Ver-  
eins mit Freuden zu begrüssen sei und einem läng-

geführten Bedürfnis abhelfe. Auf Vorschlag des  
Herrn Referenten erklärten sich die An-  
wesenden zur Gründung eines Hausbe-  
sitzer-Vereins für die Stadt Merseburg  
bereit; auf Anregung aus der Mitte der Ver-  
sammlung wurde eine Commission von 15 Mit-  
gliedern zur Vorbereitung der Vereinsstatuten ge-  
wählt, welche in nächster Versammlung berathen  
werden sollen. Der Herr Berichtsführer schloß die  
Versammlung mit dem Wunsch auf kräftiges Blühen  
und Gedeihen des neu gegründeten Vereins und bat  
die Anwesenden, durch Anregung zum Beitritt zu  
seiner Stärkung beizutragen.

Am Montag Abend hat ein etwa 17 jähriges,  
sauber gekleidetes blondes Mädchen von nettem Aussehen  
auf den Namen eines Tischlermeisters in der Del-  
grube aus zwei in dessen Nähe belegenen Geschäften  
Waaren auf Credit entnommen und ist damit ver-  
schwunden. Es scheint dieselbe jugendliche Schwind-  
lerin zu sein, die schon vor einigen Wochen ängst-  
liche Streiche ausführte und bis jetzt nicht ermittelt  
wurde. Wir warnen vor dieser raffinirten Hoch-  
kaplerin.

**Stadterordneten-Sitzung.**

Merseburg, 16. Januar. Der Vorsitzende er-  
öffnet die Sitzung kurz nach 6 Uhr und tritt die  
Versammlung sofort in die Tagesordnung ein.

1) Feststellung der kleineren Etats. Es  
gelangen der Schuletat mit 98 800 Mk. in Ein-  
nahme und Ausgabe (Zuschuß der Rämmerelasse  
49 600 Mk.), der Etat der Handwerker-Fort-  
bildungsschule mit 3650 Mk. in Einnahme und  
Ausgabe, der Etat der Armenkasse mit 15 430  
Mk. (Zuschuß 6830 Mk.), der Etat der Kranken-  
hauskasse mit 6740 Mk. (Zuschuß 1890 Mk.),  
der Etat des Hospitals St. Sixti mit 5300  
Mk. in Einnahme und Ausgabe, ferner der Etat des  
Siechenhausfonds mit 20 363 Mk. Kapital und  
einer Zinsen-x. Einnahme von 1605 Mk., der Etat  
des Einkunftssteuerhauses mit einem kleinen,  
zum Referendats stehenden Einnahme-Ueberschuß,  
der Etat der Kleinkinder-Bewahranstalt mit  
3245 Mk., der Etat des Rabenhorts mit 1195  
Mk. (60 Mk. Zuschuß von der Landesdirection),  
der Etat der Beamten-Witwen- und Waisen-  
kasse mit 4051 Mk., der Etat der Stipendien-  
und Legatenkasse mit 2796 Mk., der Etat  
des Berger'schen Stipendienfonds mit  
4139 Mk., der Etat des Wasserwerks  
mit 50 200 Mk. (Zuschuß der Rämmerelasse  
6100 Mk.), der Etat der Gasanstalt mit 93 400  
Mk. (Ueberschuß 17 000 Mk.) in Einnahme und  
Ausgabe anstandslos zur Annahme. Der letzte Etat  
gibt dem Stadt. Herbers Veranlassung, für eine  
Vermehrung der Nachlaternen resp. eine Verlängerung  
der Brennbauer unserer Straßenlaternen zu plaidiren.  
Nachdem Stadtrath Berger über die bezüglichen  
Kosten unserer Straßenbeleuchtung Aufschluß gegeben  
und Bürgermeist. Reinefarth vor einem dem Etat  
wesentlich beeinflussenden Beschluß gewarnt, erklärt  
sich Stadw. Herbers damit einverstanden, daß die  
Sache zunächst nochmals gründlich erwogen und in  
ihrer finanziellen Tragweite berechnet wird. Sein  
Antrag: „Den Magistrat zu ersuchen, die Frage der  
Verlängerung der Brennbauer einer Anzahl Laternen  
in Erwägung zu ziehen, die Kosten zu prüfen und  
der Stadterordneten-Versammlung hierüber Mit-  
theilung zu machen“, wird schließlich angenommen.  
Weiterhin wird der Etat der Pfandleihanstalt  
mit 24 300 Mk., der Etat des Strafenfonds  
mit 656 Mk., der Etat der Schulerwerkstatt  
mit 645 Mk. und der Etat der Haushaltungss-  
chule mit 1400 Mk. in Einnahme und Ausgabe  
ohne Debatte genehmigt.]

2) Stadw. Bichter theilt der Versammlung mit  
daß kürzlich eine neue Vertheilung der Eigen-  
thumsgrenzen am hiesigen Gorthardtsteich statt-  
gefunden hat und beantragt, sich hiermit einverstanden  
zu erklären. Die Versammlung ertheilt ihre Zu-  
stimmung.

3) Stadw. Dresdner referirt über eine Anregung  
des Eisenbahn-Betriebsamtes zu Welsensfeld betr.  
der Einführung der mitteleuropäischen Zeit  
vom 1. April d. J. ab auch für die hiesigen städtischen  
und sonstigen öffentlichen Uhren. Magistrat hat sich  
für die Einführung dieser Zeitberechnung, welche  
unserer jetzigen mittleren Dutzzeit um 12 Minuten  
vorausreißt, entschieden und wird auch die interessirten  
hiesigen Gemeinden veranlassen, vom 1. April d. J.  
ab ihre Kirchthurmen nach mitteleuropäischer Zeit,  
d. h. in Uebereinstimmung mit den Bahnstationen  
zu reguliren. Die Versammlung erklärt sich auf  
Antrag des Referenten hiermit einverstanden.

4) Ref. Stadw. Heber beantragt in Ueberein-  
stimmung mit der Magistratsvorlage die Bewillig-  
ung eines Ausgabebezugs bei Titel XI B. 4

des vierjährigen Staats, bez. Pfasterungen, in Höhe von 700 M., da dieser Posten bereits um 270 M. überschritten worden ist. Dieser Mehrausgabe steht ein Einbehalt in Betrage von 5700 M. gegenüber. Die Vorlage wird genehmigt.

5) Auf Antrag des Stadts. Frauenheim werden die Kosten der im Etat nicht vorgesehenen letzten Weihnachtsgeschenke des hiesigen Knabenforts in Höhe von 56 M. 95 Pf. aus dem Titel Insgemein der Kämmereikasse bewilligt.

6) Dem hiesigen Geflügelzüchter-Verein werden auf Ansuchen gemäß dem Antrage des Stadts. Vornach in Uebereinstimmung mit der Magistratsvorlage 30 M. zu Prämierungszwecken für die im kommenden März hieselbst stattfindende Geflügelausstellung bewilligt.

Nach einer vom Schriftführer, Stadts. Rindfleisch, zusammengefassten und verlesenen städtischen Uebersicht über die Arbeiten der Stadtordnungsversammlung und ihrer Commissionen u. im obgenannten Jahre und der Entgegennahme des Protokolls wird die Sitzung geschlossen.

### Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

8 Querfurt, 14. Jan. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde nach der Hall. Zig. als Stadtvorordnet-Vorsitzer Herr Kaufmann Köber, als Stellvertreter Herr Brauereidirektor Köber, als Schriftführer Herr Kreisrichter Wintler und als dessen Stellvertreter Herr Kaufmann Schrader wiedergewählt. Die Magistrats-Abschreffer Herr Renke und Herr Bärwinkel wurden auf eine neue 6jährige Dienstperiode von Herrn Bürgermeister Reisdorf verpflichtet. — In der Nacht zum 8. d. M. ist bei dem Gutsbes. Emil Zimmermann in Göhrendorf ein großer Diebstahl an Betten, Gännen, Hähnern und Brot ausgeführt worden. Sämmtliche Sachen sind jetzt in Schraplau bei einem gewissen Römer, der früher Knecht bei Herrn Z. war, gefunden und dem Besohlenen zurückgegeben worden. An dem Diebstahl hat sich auch der 17jährige Arbeiter Friedr. Niemann beteiligt, dessen Schwäger Römer nachhins betrachten wollte. Die Diebe sowie die Mutter des Niemann werden sich wegen schweren Diebstahl und wegen Hehlerei zu verantworten haben.

(Aus vergangener Zeit.) Wohl der schwärzeste Tag in der leidenschaftlich durchwühlten, blutdurchtränkten Geschichte Frankreichs ist der 17. Januar 1793. Ein Jahrhundert ist seit dem Tage verfloßen, da der National-Convent, jene Körperschaft, die bestimmend wurde für die Geschichte Frankreichs, das Todesurtheil sprach über den unglücklichen König von Frankreich, Ludwig XVI., jenen Mann, der am wenigsten an den gründlich verfallenen Zuständen Frankreichs die Schuld trug und doch am schwersten die Sünden seiner Vorgänger büßen mußte. So fürchtbar die Macht des Straßendobels geflügelt war, der einen unübersehbaren Druck auf die Deputirten des Convents ausübte, so groß die Furcht vor den Bananen war, die beständig das Sitzungsgebäude belagerten, so bedurfte es doch immerhin einer Gesetzesgebung, um das Todesurtheil gegen den König selbst von dieser tyrannischen Versammlung zu erlangen. Während nämlich in sonstigen Fällen eine Zweidrittelmajorität erforderlich war für ein Todesurtheil, bestimmte der Convent vor der entscheidenden Versammlung und Abstimmung, daß die einfache Majorität ausschlaggebend sein solle. Die anschließende Schilderung des berühmten Historikers Sybel giebt die Situation des 17. Januar treffend wieder. „Der Schreden herrschte im Convent und zwang diesen, mit bebenden Händen den Königsmord zu vollziehen. Seit dem Anbruch des Tages erfüllten die Schaaren Foumier und Maillets, die Banden des 6. October und die Tagelöhner des September (die 1792 die zahlreichen Morde in den Gefängnissen vollzogen hatten), alle Höfe und Eingänge des Conventgebäudes. Die Stunden vergingen unter vorbereitenden Verhandlungen, erst um 10 Uhr abends begann der Namensaufruf. Der Saal war schwach beleuchtet, die Deputirten gingen umher in schweigender Unruhe oder leisem Gespräch; auf den Gallerien drängten sich, trinkend und rauchend, mit fanatisirten Weibern untermischt, die fanatisirten Banden und warfen ihre Schmähungen jedem freisprechenden Wortum an dem Dunkel entgegen. Niemand war im Zweifel, was erfolgen würde, wenn das Todesurtheil nicht die Mehrheit erlangte; einige wenige Deputirte erhoben sich im Geiste des Zwanges zu entsetzlichen Tode, die meisten aber erlagen der Furcht, theils um ihr eigenes Leben, theils für die Zukunft des Landes. Vergänglich hatte Tage zuvor mit den Berethigern des Königs geredet und seinen Absicht gegen das Todesurtheil ausgesprochen. Er war unter den ersten der Stimmenden, sah die drohenden und knirschenden Waffen vor sich und vorthe den Tod. Mehr als zwanzig Gleichgesinnte folgten dem Beispiel; man konnte, haben sie

später versichert, doch um eines Menschen willen nicht den Bürgerkrieg anzuhängen. Hier war noch eine Erinnerung an das Gesamtwohl, aber auch der unverhüllte Selbsthass fehlte nicht. Mein Gott, sagte später der Graf Goyon, ich hielt Ludwig für ganz unschuldig, aber sollte ich mich als Volkvertreter misshandeln lassen?“ Auch die Vermittelung des Königs von Spanien, der den König retten wollte, hatte keinen Erfolg. Von den 721 anwesenden Deputirten stimmten 361, also genau die absolute Majorität für den Tod, 26 hatten sich angeschlossen, dabei aber eine Verhandlung gefordert, ob die Vollziehung des Urtheils nicht aus politischen Rücksichten aufzuschieben wäre, 13 hatten den Aufschub zur Bedingung des Todesurtheils gemacht, 321 hatten für Gefängnis und sonstige Strafen gestimmt. Die Jakobiner hatten allen Grund, zufrieden zu sein; es war klar, daß der Schreden vor ihren Drohungen die Versammlung beherrschte. Leicht genug gelang ihnen die Befestigung des letzten Hindernisses, des verlangten Aufschubes. In Schloßers Weltgeschichte finden wir noch folgende Einzelheiten über den wichtigen, nicht nur die Geschichte Frankreichs, sondern die ganz Europas berührenden Tag. Es waren für den vor dem Convent zur Verhandlung kommenden Prozeß des Königs drei Fragen gestellt; ob der König schuldig sei (des Landesverrats), ob das über ihn zu fallende Urtheil über die Befähigung des Volkes bedürfe und welche Strafe ihm treffen solle. Vergänglich suchten die Mitglieder der Gironde (die Konstitutionellen) eine andere Fragestellung durchzusetzen. Der Deputirte Gouyon fuhr sie mit den Worten an: „Schon haben wir drei Stunden von eines Königs Willen verloren! Sind wir Republikaner? Nein, wir sind Slaven!“ Wieviel Muth die wenigen Männer besaßen, die ihrer Ueberzeugung gemäß mit „Nein“ stimmten, und wie viele Entschuldigungen die schwächeren Seelen verdienen, die sich vor Furcht und Schreden übermächtig ließen, kann man aus dem Berichte eines Augenzeugen über die Stimmung und das Verhalten des Pariser Volkes ersehen. „Die Septembertöchter“, sagt derselbe, „hatten mit Stöden und Säbeln bewaffnet, die Zugänge zum Sitzungssaal angelegt. Sie empfingen jeden Deputirten, der in den letzten Tagen von Orade gesprochen, mit dem Zurufe: entwerde seinen Kopf oder den dringlichen! In den bei Rednerbühne gegenüber befindlichen Zubörräumen saßen Weiber im gewählten Ruhe, wie wenn sie einer Theatervorstellung bewohnten. Die Deputirten ihrer Bekanntheit unterhielten sich mit ihnen, man reichte ihnen Erfrischungen und sie sahen der Abstimmung wie einem Schauspiel zu, wobei sie sich besonders für die Physiognomie eines jeden Abstimmenden und für den Ton seiner Stimme interessirten. Auch der Auewurf der Vorstände erregte in immer größerer Zahl auf dem Zubörraum. Man trank dort Wein und Brannwein, machte Betten für oder gegen den Tod des Königs und pointierte auf Karten die verschiedenen Stimmen.“ Ja, es war eine fürchtbare Schreckenszeit, die vor 100 Jahren.

### Beisitzes.

(Verkehrshörungen.) Nach Mittheilungen aus Mannheim mußten Montag die Schiffbrüder von Worms, Mainz und Speyer, nachdem dieselben am Sonntag in Folge des bewährten Eintrages wieder angehalten worden, abermals wegen starken Eisganges abgefahren werden. Die Ueberfahrtsboote zwischen Mannheim und Ludwigshafen haben jedoch vom 8. des Abtheiles wegen des Betriebes angehalten, was seit vielen Jahren nicht vorgekommen ist. — Das Grefelder Eisenbahn-Vetriebsamt macht bekannt: In Folge des starken Frostes ist der Rheinstromer Hafen angefroren, Reisende können vom Dampfschiff nur mit Hilfsbrücke in Mühlroth ans Land gefahren werden. — Wie aus Rom berichtet wird, erzielte in Folge großer Schneefälle die Telegraphen- und Eisenbahnverbindungen in Ober-Italien erhebliche Verögerungen. Am Sonntag war in ganz Frankreich der Wahnwahn durch Schneefall und Witterung schwer gestört. — In der ganzen Riviera herrscht eine fürchterliche Kälte, jedoch fast alle Pflanzungen erfroren sind. In den ersten Morgenstunden kam am Sonntag in Genua das Thermometer auf 8 Grad unter Null, eine in Genua — soweit man sich erinnern kann — noch nicht beobachtete Erscheinung. Die Hitze, die die Strecke Rom-Genua durchfahren, kommen wegen der Schneeverwehungen mit bedeutender Verspätung an. Bei Ortona (Vila) sind in Folge des Schneetreibens ein Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Güterzuge statt, wobei zwei Personen schwere Verletzungen davontrugen.

(Eine Räuberbande) überfiel das französische Posten bei Alicante (Spanien), ermordete den Brief und zwei Reisende und raubte die Postkassen, welche über eine Million an barem Gelde enthielt. Die Räuber sind noch nicht ermittelt.

(An der Gendarmenfind in Karlsruhe, nach einer Meldung des „B. T.“, weitere zwei Grenadere gefahren. (Wurben-England) Friedrichs-Georgs-Brüder, 16. Jan. Auf Grube, „Reben“ im König Alexander, erste Teufelwahn, fand sieben eine große Schatzkammer-Explosion statt, deren Umfang noch nicht übersehen ist. Nach den bisherigen Berichten befinden sich mindestens 8 Tode in der Grube.

(Siemens-Gedächtnisfeier.) In der Berliner Hülfscommission fand am Montag Nachmittag eine große Gedächtnisfeier für den verstorbenen Forscher und Erfinder Werner v. Siemens statt. Der ersten Großen der Wissenschaft und Kunst hat man heimlich, Stroh, den

gesten Maler Menzel, Götze, Dabois-Reymond; auch Kammern war erschienen. Kom Hofe kamen die Kaiserin Friedrich, die Kaiserin Anguste Viktoria, Prinz Heinrich, von der Ministerien Graf Culemburg, Hoffe, von Verelich, und von Beetholder. Die Stadt hatte Herrn Langenhans, die Vertreter der Kaufmannschaft Herrn Krenzel entsandt. Der Kaiser, dessen Erscheinen ursprünglich zugeagt war, konnte wegen Verfallung der Weibehere nicht betheiligen. (Karaikisten unter sich.) Emma Golmann, die Auße Wichtel der New-Yorker Autonomienfrage, die als Geliebte des Autonomienführers Berlinmann zuerst zur isolaten Weibehere gelangte, hat am 1. Januar an Johann Hoff ihren Muth gelöst. Emma, eine temperamentsvolle Frau, hatte vom Krieg erklärt, als dieser Berlinmanns Antrag auf Carvegies-Edict für die Stadt eines verdrängten Härtigen, ohne Sinn und Verstand für die Partei, erklärte. Emma reanochirte sich für die Verleinerung, welche der Ernanochirte der „Großheit ihres Geliebten“ entgegenbrachte, indem sie Hoff in den Berathungen der Genossen für einen Verräther an der guten Sache; für ein feiges „Waldweib“, für einen „Sund, der nur belien, aber nicht begehrt“ erklärte, wofür Hoff sich wieder erntlich zeigte, indem er der Genossin in einem Blatte Dinge nachsagte, die man selbst einer heranzogenen Wiltsticht nicht nachsagen soll. Emma fauwo Hoff nach, und das erste „Zufallene“ hat sie als räthende Bemerkung an den verdrängten Härtigen. Hoff unterrichtete gerade ein kleines Mädchen Karachich in dem Gebrauch der rationellen Hülfsmittel der Arithmetik der „Zeh“, als sich die Ehe auftrat, ein in einem langen Mantel gebülltes Frauenzimmer an den Ernanochirten aufzucht und ihm einen Oefenjener rachs und links im die Ohren sausen ließ. Hoff, dem einige Genossen zu Hilfe eilten, verhielt sich gefast und fastfältig setzte er seine Verleugung fort, nachdem man ihm versichert hatte, daß die Autonomienfrage aus dem Hause sei.

### Gerechtsverhandlungen.

— Halle, 16. Jan. In vorgestriger Stadtkammer-Sitzung kam die am 6. Dez. verurtheilte Sache des Antischners Hermann Red aus Schlopan, sog. Mischmann, zur Erledigung. Dem Angeklagten wurde ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879 zur Last gelegt; er sollte im Juli v. J. wissenschaftliche Nahrungsmittel, welche verfälscht waren, unter Verheimlichung dieses Umstandes verkauft und gleichzeitig dabei einen Betrag verdient haben. Fragliche Verfaßung hat im Wasserzweig zu Misch gehalten, die der Angeklagte an den Mischhändler Friedrich Uhlmann in Halle als gute und unverfälschte Misch verkauft hatte. Der Angeklagte erklärte, von jener Verfaßung nichts zu wissen, die Mischverantwortung auf seinem Gute werde von seiner Frau betriebeben. Uhlmann auf sein Wissen eine Unregelmäßigkeit dabei vorgenommen. Uhlmann als Jenge beunahmt, daß er feinerlei Verfaßung mit jener Misch vorgenommen hatte, sondern selbste lo an seinem Wagen nach Halle gebracht habe, wie er in seinen von Frau Red gefüllten Kammern bekommen habe. Dies wurde von Uhlmanns Dienstmädchen bestätigt, beide Jengen erklärten auch, daß vor dem Einfüllen der Misch kein Wasser in den Kammern gewesen sei. Des Angeklagten Dienstmädchen, Bertha Faust, 17 Jahre alt, erklärte, kein Wasser zu jener Misch gehen zu haben und ebenso äußerte Frau Red nicht zu wissen, nicht zu wissen, wie feine Misch verfaßert worden ist. Dieter Bock, Misch und Mischhändler, der Sachverhältnisse, Dr. Chemiker Dr. Zengerer Legatidote, das erwähnte Misch am 5. Juli ein solches feines Mischgebilde gezeit habe, wonach der Wasserzweig des Angeklagten 20 Prozent betrogen. Am 8. Juli ist wiederum bei Uhlmann entnommene feine Misch untersucht worden, die weitestlich besser gewesen; man könne aber annehmen, daß solche Misch von noch nicht ganzer normaler Beschaffenheit wohl ohne Verfaßung vorkomme, da andere Ursachen, wie z. B. Fütterung, auch Veränderungen im Gehalte der Misch herbeiführen. Bei einer dritten Untersuchung am 12. Juli ist normale Beschaffenheit festgestellt worden. Uhlmann gab noch an, Frau Red auf die Mischverfaßung aufmerksam gemacht zu haben mit der Warnung, sich in acht zu nehmen, daß so etwas nicht wieder vorkomme. Da ist ihm dann am 8. Juli bessere Misch gegeben worden; von der bewährtesten hat er Misch gemacht. Der Staatsanwalt erwiderte, daß es sich um die Frage handle: Wer hat die Verfaßung vorgenommen? Diefelbe sei bei Red gezeit, es sei klar, daß Frau Red damit zu thun gehabt habe. Die Verantwortlichkeit falle dem Angeklagten zur Last und es liege ein jahrlängiges Vergehen vor. (Berlegen gegen § 11 erwähnten Gesetzes), wofür 60 M. Geldstrafe oder 10 Tage Haft zu bestrafen. Der Gerichtshof erkannte auf Nichtschuldig und Freisprechung.

### Wesens-Berichte.

Halle, 17. Januar. Preise mit Anschlag für den Wintergehir für 1000 kg netto. Weizen, rüßig, 152—160 M., feinstes mäßigster über Noth, Rauhweizen 154—168 M. Roggen, feinst 140 bis 144 M. Gerste, Bran, rüßig, 155—177 M., feinste bis 184 M. Futter, 125—140 M. Hafer, rüßig, 145—162 M. Weizen, amerl. Weizen 130—132 M. Domanals 125—140 M. Raps, ohne Gandel, Rüben, Sommerrüben, — M. Erbsen, Bitterer, 185—195 M. Preise für 100 kg netto.

Stärke, weiß, einjährig, 40,00—41,00 M., abfallendes Sorten billiger, Rauhstärke, einjährig, 37,00—40,00 M., bei geringen Vorräthen, 37,00—38,00 M. Weizen 100—120 M., Roggen 16—17 M. Rauh 100—120 M., f. abe, 96.00—110—126, 38.00—110—120 M. Weizen, blan, — M. Rauh, Futterartitel, Futter, 12,00—13,00 M. Roggenartitel, 10,00—11,00 M. Weizenartitel 8,50—9,50 M., Weizenartitel 9,00—10,00 M., Rauhartitel, helle, 12,00—13,00 M. Rauh, dunkle 10,50—11,50 M. Weizen 12,50 M. Rauh, 26,50—28,50 M. Rauh — M. Petroleum 22,50 M., Solaröl 0,825/300 14,50 M.

Halle, 14. Januar. Bericht über Stroh und Hen, mitgetheilt von Otto Wespögl. (Sämmtliche Preise gelten für 50 kg.) Roggen-Bangstroh (Hombrodt) 1,75—2,50 M. Weizen-Bangstroh; Weizenstroh 1,00 M., Roggenstroh 1,50 M. Weizenheu 3,50—4,00 M., Rauhheu 4,00—4,25 M. Zerkleinert 1,25 M.

Auf die vorzählige Weibhaasche Kur (Dresden-Radeben) gegen Althma und Drusfeldten wird besonders hingewiesen.

Redaction, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Samstag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 2.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pfg. durch den Herunterträger. —  
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

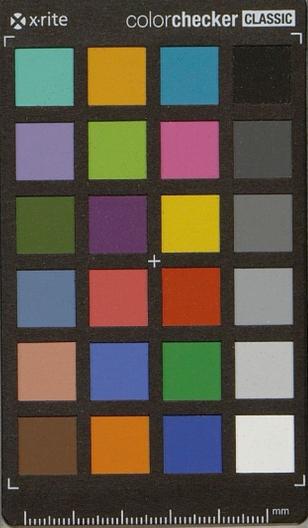
No. 13.

Mittwoch den 18. Januar.

1893.

## Die Generaldebatte über die Militärvorlage in der Militärkommission

hat sich in der Montags-Sitzung etwas mehr als bisher der Erörterung der Finanzen zugewandt, von deren Beantwortung schließlich eine Verständigung abhängt. Abg. v. Komierowski, der seitlich einen Beschluß der polnischen Fraction noch vorbehält, kam zu dem Schluß, daß die Voten in der Debatte über die Armeeerhöhung so weit gehen würden, als finanziell möglich sei; eine Verständigung würden sie nicht hindern. Zurückhaltender sprach sich der Abg. v. Duol (Centr.) aus. Er meinte, der Reichstag sei für die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände der Armee nicht verantwortlich; wohl aber die Regierung. Es müsse das zur Vorsicht mahnen. Wenn die Regierung früher schon die zweijährige Dienstzeit eingeführt hätte, wäre die Lage eine bessere. Aber man drohe ja auch jetzt noch mit der Wiederherstellung der vollen dreijährigen Dienstzeit. Was sage Graf Caprivi dazu? Wie Abg. v. Komierowski ging auch Herr v. Duol bei Beurteilung der Vorlage davon aus, daß er Vertreter eines Grenzbezirks sei und käufte daran die Frage, ob in der That ein Kriegsplan existiere, der Süddeutschland wenigstens für den Anfang einer französischen Invasion preisgebe. Reiner wünschte ferner zu wissen, ob zwei Drittel der verlangten Rekrutenziffer durch Wehrereinstellung von 22 000 Rekruten und 18 000 Ersatz-Reservisten beschafft würden. Für alle Fälle müßten wirtschaftliche Garantien bezüglich der Deckung der Ausgaben, namentlich hinsichtlich des Tabaks, gegeben werden. Die öffentliche Meinung sei durch die ungeschickte Vorbereitung der Vorlage beunruhigt worden; man könne aber nur in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung vorgehen. Besser wäre es, die Vorlage um ein Jahr zu verschieben. Graf Caprivi betonte in seiner Erwiderung, es seien beizugehen erheblich größere Quantitäten erforderlich als 1870. Die Hauptfrage sei die: wie viele Leute hat der Hauptmann in seinen Mannschaften, deren Eigenschaften er kenne? Heute sei die Zahl derselben sehr gering. Der Etat der Truppen sei zu gering. Der Reichstag vertritt sich alsdann eingehend über die Entwässerung der Herrschaftsanstalt, erwiderte die Gründe, aus denen Kaiser Wilhelm I., das Gedeihen dem Ungehörigen vorgehend, an der 3-jährigen Dienstzeit festgehalten habe und gab die neueren Daten für die Aufstellung des Berty'schen Projekts, die zum Teil schon in der ersten Beratung mitgeteilt worden sind. Nach dem Rücktritt Berty's habe er die Vorarbeiten für diese Vorlage am 1. Mai 1891 in Angriff genommen, die nach Erörterung der Finanzfrage im Kronrat am 18. Juni 1891 Gegenstand einer Besprechung im preussischen Finanzministerium gewesen sei. Er bezeichnete genau die Höhe der früheren Forderungen, die Herabminderung derselben, bis endlich am 29. August 1892 der Kaiser den Entwurf genehmigte, der am 8. Oct. die Zustimmung des preussischen Staatsministeriums und am 14. Oct. 1892 diejenige des Bundesrats erhalten habe. Ein Operationsplan, der zunächst Süddeutschland preisgebe, könne nicht existieren. Das hängt von den Eventualitäten des Krieges ab. In Ausführung an eine detailliertere strategische Darstellung mit besonderer Rücksicht auf den Stand der Befestigungen u. s. w. in Frankreich suchte Graf Caprivi die Notwendigkeit einer Verkleinerung der Kriegesstärke um 450 000 Mann und der Feldartillerie nachzuweisen. Duol gegenüber erklärte er, die zweijährige Dienstzeit, wenn sie einmal eingeführt sei, könne nicht wieder aufgehoben werden. Von besonderem Interesse war seine Antwort auf die Anregung Duol's, die Vorlage ein Jahr aufzuschieben. Da das möglich sei, wisse Niemand. Nach der Vorlage würde die Armeestärke fählich um 30 000 Mann wachsen. Auch bei einer Verringerung von nur 50 000 Mann würde es möglich sein, drei Ersatzdivisionen zu formieren. Dann



illustrirtisch herausgestellt.

Der anläßlich des Panama-Skandals gegen den Präsidenten der französischen Republik eröffnete Feldzug nimmt einen immer erheblicheren Umfang an. Außer dem „Sicile“ und der „Lanterne“ verlangt jetzt auch der „Figaro“ und das Blatt Clemenceau's, die „Justice“, und der Rücktritt des Präsidenten, an welchen Carnot indes nach seiner eigenen Erklärung in diesem Augenblick unter keinen Umständen denkt. Der Ministerpräsident Ribot äußerte sich dahin, daß die Regierung nach der Bewilligung des Budgets die Frage der Kammerauflösung ernstlich in Erwägung ziehen werde. Zu Gunsten Carnot's veröffentlicht in einer anderen Nummer der „Figaro“ eine ihm von einem parlamentarischen zugegangene Zuschrift, in welcher authentisch festgestellt wird, daß der Präsident Carnot im Jahre 1886 in der Kommission die Erklärung abgegeben habe, daß er in der Kammer den Gesetzentwurf über die Ausgabe von Panamaloosen nicht widerlegen werde, weil das der Angelegenheit eine Garantie geben hiesse, die ihr nicht gegeben werden darf. Die Unterschrift Carnot's unter den Gesetzentwurf bedeute nur, daß er vom finanziellen Gesichtspunkte aus keinen Einwand zu erheben habe. — Nach einer Meldung des „Gaulois“ hielt General Lozillon bei der Übernahme des Kriegsministeriums in Anwesenheit mehrerer Generale, darunter General Miribel, eine Ansprache, in der er hervorhob, daß er das Portefeuille angenommen habe, weil durch seine Ernennung zum Kriegsminister einem Regime ein Ende gemacht werde, das nicht alle erhofften Früchte getragen habe. — Nach der Behauptung des „Gaulois“ tritt auch der frühere Finanzminister Rouvier jetzt mit Anschuldigungen gegen die gegenwärtige Regierung auf. Rouvier hätte gedroht, er würde, wenn die Untersuchung gegen ihn nicht eingestellt würde, Beweise dafür liefern, daß auch Ribot Beziehungen zu Blakow unterhalten habe. Blakow heiße ein Schreiben Ribot's, in welchem derselbe wegen gestiehrter Geldvorschüsse für die Geheimfonds Dank sage. — Am Sonnabend Nachmittag hatten etwa 50 republikanische Deputierte eine gemeinsame Beratung über die gegenwärtige Lage und beschloßen, dem Ministerpräsidenten Ribot zur Erwägung mitzuteilen, daß, bei Aufrech-

haltung der Forderung nach vollem Licht über die Panama-Angelegenheit, nicht vergessen werden dürfe, daß das Interesse der Republik eine schnelle Lösung derselben verlange. — Eine neue Beschuldigung hat der boulangistische Deputierte Aimele in einem provinziellen Blatt ausgesprochen, indem er Rouvier, den Präsidenten der „Compagnie Atlantique“ beabsichtigt, seiner Zeit dem Arbeiter Minister Deshayes 10 000 Fres. für die Einbringung eines Gesetzes der Hafenbauten in Pauillac gegeben zu haben. Dieser nach Deshayes strengere insofern gegen einen Diffamationsprozeß an. Der Deputierte Lou, Eigentümer des „Gocarde“, richtete ferner eine Anfrage an Ribot, ob es wahr sei, daß er gleich Rouvier von dem Banquier Blakow Gelder für seinen Geheimfonds vorgeschossen erhalten habe. — Der Panama-Skandal hat auch die eigenartige Erscheinung gezeitigt, daß die republikanischen Tagblätter nach berühmten Meistern Correspondenten ausländischer Zeitungen veranlassen und ausweisen lassen. Zunächst ist der Pariser Correspondent des „Suddeutscher Zeitung“, namens Selett, am Sonntag Morgen verhaftet worden. Die Veranlassung zu seiner Verhaftung gab, wie offiziös gemeldet wird, seine fortgesetzten Verleumdungen von mehreren bei der französischen Republik glaubigen Gesandten und seine unmaßigen Behauptungen über das Verhalten eines fremden Botschafters gegenüber einem französischen Botschafter. In der Wohnung Selett's, der wahrscheinlich ausgewiesen wird, wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Sodann erhielt der Correspondent mehrere russischer Blätter, Wedel, am Sonntag Abend einen Ausweisungsbefehl zugestellt. Ferner ist am Montag ein Correspondent italienischer Blätter, Richard Alt, ausgewiesen worden. Diese Polizeimaßregeln, welche der Republik keine Ehre machen, sind der russischen Freundschaft zu Liebe getroffen worden, wie auch aus der Meldung hervorgeht, daß Ribot dem russischen Botschafter von Nohrenheim gegenüber sein Bedauern ausdrückte, daß auch zwei französische Blätter sich an der Verbreitung jener Verleumdungen beteiligt hätten.

Der Centralausschuß der serbischen Liberalen beschloß am Freitag bei dem Neujahrsempfang am Freitag die Regierung zu ihrer energischen Haltung. Ministerpräsident Dr. Avakumovich erwiderte, daß die Regierung vor Allem bemüht sei, die Staatsautorität, wie sie ehemals in Serbien geherrscht habe, wieder herzustellen und für Serbien die Sympathie aller Großmächte zu erlangen, denn diese Sympathien bildeten eine Lebensbedingung des Landes, das sich von allen kriegerischen Mächten fernhalten habe und nur auf seine ökonomische Entwicklung bedacht sein müsse. — Von Erzfürsten serbischer Kabinets berichtet der Telegraph abermals aus der Gemeinde Koceliewo bei Schabaz. Mehrere Personen sind dabei getötet worden, andere verwundet worden. Durch Sendarmarie wurde Ordnung wieder hergestellt. — Der Stupschina Abgeordnete Mitofsch Bogdanowitsch ist wegen Hochverrats verhaftet worden. — Das serbische Budget für 1892 bleibt in Folge einer königlichen Verfügung vorläufig bis Ende April in Kraft. Der vom Staatsrat zur Regelung der Rechnungen eingeführte Ausschuss hat auf Grund einer Zählung der feuerabholenden Staatsbürger die Anzahl der Abgeordneten für die kommende Stupschina-Session auf 134 festgesetzt.

Im ägyptischen Kabinett ist infolge des seitdemem Zustandes des Ministerpräsidenten Fehmi Pascha eine Aenderung eingetreten. Letzter ist seines Amtes als Ministerpräsident entbunden und das neue Kabinett folgendermaßen gebildet worden: Fakri Beyhum als Innen-; Butros Finanzen, Maslum Jusfiz. Die übrigen Minister behalten ihre Portefeuilles. Zu dem spanisch-marokkanischen Konflikt wird berichtet, daß der in der Nähe des Forts von Alhucemas durch Marokkaner gefangen genommene Solbat in Folge der Aufforderung des Gouverneurs von Alhucemas wieder freigelassen worden ist. —